

Eingangsstempel / Eingangsvermerke

Antrag auf Gewährung einer Billigkeitsentschädigung für Opfer extremistischer Übergriffe

Ich bin Opfer eines

- rechtsextremistischen linksextremistischen
 antisemitischen islamistischen
 sonstigen extremistischen

Übergriffs geworden und beantrage eine Billigkeitsentschädigung.

I. Angaben zur Person

Vorname, Name, ggf. Geburtsname		
geboren am ¹	Datum	Ort/Land in
wohnhaft in	Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort	
Telefon		
Staatsangehörigkeit		
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet	
Beruf		
<input type="checkbox"/> Personalausweis <input type="checkbox"/> Reisepass <input type="checkbox"/> sonstiges Personaldokument	Ausstellungsdatum	Nummer
	Ausstellungsbehörde	
Bankverbindung	Geldinstitut	
	IBAN	
	BIC	
Kontoinhaber (falls abweichend vom Antragsteller)		

Bitte beachten Sie, dass im Falle der positiven Bescheidung Ihres Antrages ohne eine Angabe der IBAN- und der BIC-Nummer keine Überweisung der Billigkeitsentschädigung an Sie erfolgen kann.

¹ Bei Minderjährigkeit oder Betreuung bitte Angaben zu II. beachten!

II.
Gesetzliche Vertreter / Angaben zur Person (z. B. Eltern, Betreuer)

1. gesetzlicher Vertreter	Vorname, Name, ggf. Geburtsname
	Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort – falls abweichend von den Angaben zu I
Telefon	

2. gesetzlicher Vertreter	Vorname, Name, ggf. Geburtsname
	Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort – falls abweichend von den Angaben zu I
Telefon	

- als gemeinsam zur Vertretung Berechtigte ²
- als Alleinvertretungsberechtigte(r) ³

III.
Tathergang

Bei dem schädigenden Ereignis handelt es sich um folgenden Vorfall. Schildern Sie den Sachverhalt unter Angabe der **Tatzeit** und des **Tatorts** möglichst genau und benutzen Sie, falls erforderlich, hierfür ein gesondertes Blatt:

- ² Eltern mit gemeinsamem Sorgerecht müssen den Antrag gemeinsam stellen.
- ³ Bei Betreuung bitte Kopie der Bestallungsurkunde beifügen.

IV. Extremistischer Übergriff

Für die Gewährung einer Härteleistung ist es zwingend erforderlich, dass Sie Opfer eines **extremistisch** motivierten Übergriffs geworden sind. Bitte schildern Sie, welche Umstände Sie zur Annahme einer extremistischen Tat veranlassen. Worin kam Ihrer Ansicht nach die extremistische (politische) Motivation der Tat zum Ausdruck?

--

V. Polizei / Gericht

a) Der Vorfall ist von folgender Polizeidienststelle aufgenommen worden
b) Aktenzeichen der Polizeidienststelle
c) Ist mit dem Sachverhalt bereits die Staatsanwaltschaft befasst (bitte Staatsanwaltschaft angeben)?
d) Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft ⁴
e) Ist mit dem Sachverhalt bereits ein Gericht befasst (bitte Gericht angeben)?
f) Aktenzeichen des Gerichts ⁴

VI. Angaben zu erlittenen Verletzungen

Ich habe folgende Schäden erlitten (außer Sachschäden):

--

⁴ Bitte teilen Sie uns auch nach Antragstellung bekannt gewordene Aktenzeichen nachträglich mit, um die Bearbeitung Ihres Antrags zu beschleunigen.

**VII.
Billigkeitsentschädigung**

Es ist mir bewusst, dass kein Rechtsanspruch auf eine Leistung besteht und die Entscheidung des Bundesamts für Justiz nach Billigkeitsgrundsätzen erfolgt.

**VIII.
Personenbezogene Daten**

Mit der Beiziehung und Auswertung von Akten (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht) erkläre ich mich ausdrücklich einverstanden. Ich bin ferner damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten zum Zweck der Prüfung und Bescheidung dieses Antrages gespeichert und an andere öffentliche Stellen übermittelt werden. Dieses Einverständnis bezieht sich auch auf Auskünfte an Stellen, die ebenfalls aus öffentlichen Mitteln Leistungen für Opfer zur Verfügung stellen (beispielsweise Landesversorgungsämter, Sozialämter, Krankenkassen).

**IX.
Abtretung zivilrechtlicher Ansprüche**

Hiermit trete ich für den Fall, dass Leistungen gewährt werden, in Höhe der geleisteten Zahlungen meine gleichartigen Ansprüche auf Ersatz des materiellen und immateriellen Schadens gegen Dritte, insbesondere den Schmerzensgeldanspruch gegen den oder die Schädiger, an das Bundesamt für Justiz ab. Diese Abtretung erstreckt sich auch auf Zahlungen, die im Strafverfahren aufgrund eines Bewährungsbeschlusses oder im Rahmen eines sog. Adhäsionsverfahrens zugesprochen werden.

Die Abtretung gilt nicht für den die Höhe einer Härteleistung übersteigenden Betrag, der insbesondere im Rahmen eines Adhäsionsverfahrens zugesprochen wurde. Erfolgen auf diesen höheren Betrag zuerst Zahlungen des Täters an das Opfer, können diese dem Opfer verbleiben. Diese Abtretung gilt ebenfalls nicht, soweit ein Anderer für den Schaden eingetreten ist und ein Gesetzlicher Forderungsübergang stattgefunden hat.

**X.
Atteste / sonstige Dokumente**

Beigefügt sind folgende Unterlagen (vor allem ärztliche Atteste und andere für die Bearbeitung des Antrags wichtige Dokumente, so z.B. Arztrechnungen und Kostenvoranschläge; bei psychischen Beeinträchtigungen, die auf das Ereignis zurückzuführen sind, ist ein ausführliches fachpsychologisches Gutachten erforderlich):

**XI.
Zivilrechtliche Geltendmachung von Schmerzensgeldansprüchen**

Sind gegen den/die Täter Ersatz- und/oder Schmerzensgeldansprüche geltend gemacht worden? ja nein

Falls ja, in welcher Höhe und mit welchem Ergebnis:

a) Höhe des Schmerzensgeldes:	
b) Aktenzeichen des Gerichts:	
c) Sind Sie anwaltlich vertreten worden?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Falls ja, beauftragter Rechtsanwalt/Rechtsanwältin	Name des Rechtsanwalts / der Rechtsanwältin
	Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort
	Telefon

XII.
Zahlungen im Rahmen des Strafverfahrens

Haben Sie im Rahmen des strafrechtlichen Verfahrens, insbesondere aufgrund eines Bewährungsbeschlusses, Zahlungen von Seiten des Täters / der Täter erhalten?

ja nein

Falls ja, In welcher Höhe?

Betrag	EUR
--------	-----

XIII.

Ich versichere, dass meine Angaben der Wahrheit entsprechen. Von dem Merkblatt habe ich Kenntnis genommen. Ich bin mir bewusst, dass falsche Angaben die Pflicht zur Rückerstattung der Entschädigung begründen können.

Ort, Datum

Unterschrift der/s Antragstellerin/Antragstellers

Unterschrift der gesetzlichen Vertreter, bei Minderjährigen beider Eltern bei gemeinsamer Sorge
